

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

was war es „damals“, als Sie noch Finanzminister waren, für ein mutmachendes Zeichen: Sie haben vorgeschlagen, dass sich auch der Bund an der Lösung des Altschuldenproblems zur Hälfte beteiligt. Endlich ein Silberstreif am Horizont, endlich eine Lösung, die uns als finanzschwache Kommunen wieder in den Stand versetzt, eigenverantwortlich handeln und gestalten zu können. Gescheitert ist es dann leider an der fehlenden Umsetzungsbereitschaft Ihres damaligen Koalitionspartners.

Und heute? Der Verschiebebahnhof der Verantwortlichkeit funktioniert leider immer noch. Eine Reihe von Ländern hat halbe Lösungen für die betroffenen Städte und Gemeinde entwickelt und wartet nun auf den Bund. Der wiederum verweist auf Nordrhein-Westfalen, das noch immer keine Regelung gefunden hat. Und wir Städte stehen weiter im Regen, obwohl wir selbstverständlich bereit sind, unseren Anteil an der Lösung zu leisten.

Seit dem Start der Ampel-Koalition warten wir auf die Umsetzung dessen, was im Koalitionsvertrag zugesagt worden ist und was Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, zuletzt bei der Tagung des Deutschen Städtetags in Köln erneut zugesagt haben: Es soll eine Lösung für die Altschuldenfrage und eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen Aufgaben geben.

Gerade jetzt ist unser Land auf handlungsfähige Städte angewiesen, insbesondere mit Blick auf die folgenden Themen:

Kommunale Wärmeplanung: Sie wird nicht gelingen, wenn viele Städte weiterhin überschuldet sind beziehungsweise keinerlei finanzielle Spielräume haben.

Klimaneutralität im Land: Es kann sie nicht in Städten geben, denen das Wasser bis zum Hals steht.

Aufnahme Geflüchteter: Das ist eine humanitäre Pflicht, die aber immer schwerer fällt.

Mobilitätswende: Schon jetzt müssen viele Städte den ÖPNV subventionieren, mehr geht nicht. Gleiches gilt für den Bau von Radwegen oder Lade-Infrastruktur.

Mehr Bildung und ausreichende Betreuungsplätze: Das ist notwendig, aber kaum zu stemmen.

Mehr sozialer Wohnungsbau: Gestiegene Zinsen und Baukosten treffen die Kommunen besonders hart, in denen zusätzlicher bezahlbarer Wohnraum besonders wichtig ist.

Unterhalt der Gebäude: Die finanzschwachen Kommunen haben Sanierungen immer weiter geschoben, nun droht der Verlust öffentlichen Eigentums.

Gesundheitsversorgung: Gerade außerhalb von Ballungszentren wird die bereits bestehende medizinische Unterversorgung noch dramatisch zunehmen. Der Betrieb kommunaler Krankenhäuser muss durch den Bund gesichert werden.



Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, in der Frage der Altschulden stehen die Mitglieder des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ an Ihrer Seite, um auch die Opposition davon zu überzeugen, dass eine weitere Blockade bedeutet, sich an der Zukunft und Handlungsfähigkeit vieler Kommunen zu vergehen. Der soziale Friede erscheint uns stark gefährdet und der Verlust der demokratischen Grundwerte nimmt spürbar zu. Bitte lassen Sie uns zum Silberstreif zurückkehren, die finanzschwachen Städte und Gemeinde wieder handlungs- und zukunftsfähig machen sowie durch eine angemessene Finanzausstattung eine Rückkehr der Schulden verhindern!

Mit kommunalen Grüßen

Burkhard Mast-Weisz
Oberbürgermeister
der Stadt Remscheid

Markus Zwick
Oberbürgermeister
der Stadt Pirmasens

Prof. Dr. Uwe Schneidewind
Oberbürgermeister
der Stadt Wuppertal

Barbara Meyer
Finanzdezernentin
der Stadt Saarbrücken

Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister
der Stadt Schwerin

Andrea Pospich
Kämmerin
der Stadt Cuxhaven

Christoph Gerbersmann
Kämmerer
der Stadt Hagen

Dirk Glaser
Bürgermeister
der Stadt Hattingen

Martin Murrack
Kämmerer
der Stadt Duisburg

- Sprecherinnen und Sprecher des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ -